

Chancen einer liberalen Energiepolitik

Der grün-schwarzen Energiepolitik fehlen neue Impulse

Das **Vertrauen** der **baden-württembergischen Wirtschaft** in die Energiepolitik schwindet seit Jahren. Viele Aufgaben in der Energiepolitik wurden von Grün-Schwarz unzureichend priorisiert. **Es mangelt an Speichern, Netzen, Kraftwerken und Elektrolyseuren.** Ohne neue **Impulse** kann die **Wirtschaftswende** in Baden-Württemberg nicht gelingen.

Die Energiepolitik spielt dabei eine zentrale Rolle bei der notwendigen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik. Anstatt neue **Subventionen und Vorschriften** einzuführen, setzen wir auf einen **marktwirtschaftlichen und technologieoffenen Rahmen.** Eine verantwortungsvolle Politik muss eine bezahlbare und sichere Energieversorgung gewährleisten. Um unser Energiesystem zukunftsfester und robuster zu gestalten, brauchen wir einen **Dreiklang** aus dem **Ausbau eigener Erzeugungskapazitäten, dem konsequenten Netz- und Speicherausbau** sowie der Verstärkung von Übertragungsnetzen. Zudem bedarf es einer Einigung über den **Bau von bis zu fünfzehn neuen Gaskraftwerken im Land bis 2030.**

Uneingeschränkte Technologieoffenheit **Bezahlbarkeit** und **Versorgungssicherheit** sind unser Ziel. **Innovation ist der Schlüssel** – unsere parlamentarische Arbeit richtet den Blick stets

nach vorn. Auf dem Weg zu bezahlbarer Energie setzen wir auf **Technologieoffenheit statt Verbote.** Wir wollen den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg stärken, indem wir **Klimaschutztechnologien** wie **Carbon Capture and Storage (CCS)** ermöglichen wollen. Diese Technik, die in anderen westeuropäischen Ländern seit Jahrzehnten erfolgreich erprobt wird, ermöglichtes, CO₂ aus der Luft oder direkt aus Industrieprozessen zu entfernen, in geeignete Lagerstätten zu transportieren und in mehreren Kilometern Tiefe im Boden zu speichern.

Anstelle von **kleinteiligen Sektorenzielen** und **Verbotsdebatte** begegnen wir den wirtschaftspolitischen Herausforderungen mit **politischem Pragmatismus.** Genau wie im Bund, schadet uns der **baden-württembergische Sonderweg** beim Ziel der Klimaneutralität bis 2040. Ohne eigene Gesetzgebungskompetenz ist dieses Ziel nicht erreichbar und es führt wegen der europäischen CO₂-Bepreisung zu keinem Effekt für das Weltklima. **Darum setzen wir uns für eine Anpassung des Klimaziels an das nationale Ziel ein und wollen das Klimaschutzgesetz ändern.** Auch brauchen wir einen engagierten Einsatz für den **Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft** und einen **klaren Fahrplan** für **Speicher** und **Wasserstoffimporte.** Ebenso ist die Nutzung aller Formen erneuerbarer Energien, wie der **Tiefen Geothermie,** unverzichtbar.

INITIATIVEN

- » Beschwerdeaufkommen und intransparente Preisgestaltung bei Fernwärmetarifen [Drucksache 17/7220](#)
- » Zwischenbilanz der einjährigen Regierungserklärung Wasserstoffland BW [Drucksache 17/7629](#)
- » Der große Streit um Gebotszonenneukonfigurationen [Drucksache 17/7420](#)
- » Status quo der kommunalen Wärmeplanung in Baden-Württemberg [Drucksache 17/6252](#)
- » Zur Rolle von „ForstBW Green Energy GmbH“ beim Windenergieausbau [Drucksache 17/6665](#)

ANSPRECHPARTNER

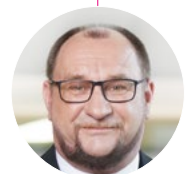


Frank Bonath MdL

Sprecher für Energie, Umwelt und Finanzen

frank.bonath@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9200



Klaus Hoher MdL

Sprecher für Naturschutz, Land-, Wald- und Forstwirtschaft

klaus.hoher@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9240



Daniel Karrais MdL

Sprecher für Klimaschutz, Vorsitzender Landtagsausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9340



Malte Milewski

Parlamentarischer Berater

malte.milewski@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9330

Die gescheiterte Nationalpark-Erweiterung

Ministerpräsident Kretschmann treibt seine Erweiterungspläne unbeirrt und rigoros voran, ohne die kritischen Stimmen von Anwohnern und Experten zu berücksichtigen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Pläne zur Erweiterung nicht weiterzuverfolgen.

Für die Freien Demokraten ist klar, dass Vorhaben wie die Nationalpark-Erweiterung eine sorgfältige Abwägung aller **finanziellen, ökologischen und gesellschaftlichen Risiken** erfordern. Angesichts der angespannten Haushaltslage können wir den Bürgern nicht erklären, warum Millionenverluste in Kauf genommen werden sollen, nur um den Lückenschluss zwischen den beiden Nationalparkteilen zu vollenden. Deshalb lehnen wir die Abgabe von Landesbeteiligungen unterhalb des tatsächlichen Verkehrswerts strikt ab. Es darf nicht sein, dass das Land wertvolle Waldflächen zu einem viel zu **niedrigen Preis** abgibt und zudem auf rund **700.000 Euro jährliche Einnahmen** aus dem **Holzverkauf** verzichtet. Ein weiteres Problem stellt die **Borkenkäfergefahr** dar, die nur durch die Schaffung einer rund 1.000 Meter breiten Pufferzone, die gezielt bewirtschaftet wird, effektiv eingedämmt werden kann, um eine Ausbreitung auf angrenzende Wälder zu verhindern.

Besonders problematisch ist die **schlechte Kommunikation**. Kritische Stimmen von Forstleuten, Waldbesitzern, Sägewerken und Anwohnern werden ignoriert, und auch innerhalb der Koalition **werden andere Meinungen schnell unterdrückt**. Bei der Suche nach Tauschflächen wurde ebenfalls **nicht offen kommuniziert**. So erfuhr die Bürgermeisterin von Enzklösterle von den Plänen der Landesregierung erst durch die **Medien**. Angesichts dieser Mängel ist für uns klar, dass der geplante Lückenschluss in der jetzigen Form nicht weiter verfolgt werden darf.

ARBEITSKREIS


 Umwelt

ANSPRECHPARTNER

Frank Bonath MdL
Klaus Hoher MdL
Daniel Karrais MdL



Positionspapier

Neue Impulse
in der Energiepolitik

INITIATIVEN

- » Erweiterungsstrategien für den Nationalpark Nordschwarzwald [Drucksache 17/7187](#)
- » Aktivitäten und Ziele der ForstBW Green Energy GmbH (Green Energy) [Drucksache 17/7755](#)